Stand: 15.10.2026 16:02:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5966

"Solidarität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei: Gegen Willkür und Repression"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5966 vom 26.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6029 vom 27.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.03.2025 **Drucksache** 19/**5966**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Solidarität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei: Gegen Willkür und Repression

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayern und die Türkei eine langjährige und enge Partnerschaft verbindet. Rund 200 000 Menschen türkischer Herkunft leben in Bayern, bereichern unsere Gesellschaft und tragen maßgeblich zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben bei.

Der Landtag verurteilt nachdrücklich die Verhaftung des demokratisch gewählten Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu. Seine Inhaftierung sowie die von etwa 100 weiteren Oppositionellen stellt einen ernsthaften Angriff auf die demokratischen Prinzipien und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei dar.

Der Landtag bekundet seine Solidarität mit Ekrem İmamoğlu und all jenen, die sich in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Der Landtag schließt sich der Einschätzung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, wonach die Türkei als Mitglied des Europarats und EU-Beitrittskandidat verpflichtet ist, demokratische Werte sowie die Rechte gewählter Amtsträger zu wahren.

Begründung:

Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, dem demokratisch gewählten Bürgermeister von Istanbul und einem prominenten Oppositionspolitiker, wenige Tage vor seiner möglichen Ernennung zum CHP-Präsidentschaftskandidaten, ist ein schwerer Angriff auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Die Istanbuler Staatsanwaltschaft ermittelt gegen İmamoğlu, einen der stärksten politischen Rivalen Präsident Recep Tayyip Erdoğans, sowie gegen 100 weitere Personen wegen angeblicher Korruption und Terrorismusverdachts im Zusammenhang mit mutmaßlichen Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Unter den Festgenommenen befindet sich auch sein enger Vertrauter Murat Ongun. Nach den Festnahmen verhängten inzwischen mehrere türkische Städte Demonstrations-, Versammlungs- und Nachrichtensperren. Trotz dieser Einschränkungen kam es landesweit zu Massenprotesten, bei denen die Polizei hart gegen die Demonstrierenden vorging.

Am 18.03.2025 hatte die Universität Istanbul Imamoglu seinen dort erworbenen Abschluss aberkannt. Ein Schritt, der als Versuch gewertet wird, ihn von einer Kandidatur bei der nächsten Präsidentschaftswahl auszuschließen, für die ein Hochschulabschluss Voraussetzung ist. Darüber hinaus wurde ihm inzwischen wegen der Untersuchungshaft vom Innenministerium das Bürgermeisteramt entzogen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Diese Maßnahmen erwecken den Eindruck, dass die türkische Regierung bestrebt ist, einen ihrer stärksten politischen Konkurrenten auszuschalten. Ein solches Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und gefährdet die politische Stabilität des Landes.

Die Türkei ist seit 1999 EU-Beitrittskandidat, wenngleich die Verhandlungen stocken. Angesichts des angespannteren Verhältnisses zwischen europäischen Staaten und den USA wird derzeit über die Teilnahme der Türkei an gemeinsamen Rüstungsbeschaffungsprojekten mit der EU diskutiert. Als NATO-Mitglied nimmt die Türkei zudem eine bedeutende Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur ein.

Die Bundesregierung hat die Verhaftung İmamoğlus als „schweren Rückschlag für die Demokratie“ verurteilt und betont, dass die Einhaltung demokratischer und rechtstaatlicher Prinzipien als zentraler Bestandteil der politischen Beziehungen Deutschlands sowie der gesamten EU zu bewerten ist. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Vorgehen als eklatanten Missbrauch der Justiz.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 27.03.2025 **Drucksache** 19/**6029**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**5966**

Solidarität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei: Gegen Willkür und Repression

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Peter Wachler
Abg. Martin Böhm
Abg. Cemal Bozoğlu
Abg. Martin Huber
Abg. Ulrike Müller

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Solidarität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei: Gegen Willkür und Repression (Drs. 19/5966)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktuelle Situation in der Türkei (Drs. 19/6020)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Markus Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte heute zu behandelnde Dringlichkeitsantrag befasst sich auf Antrag der SPD mit der Türkei. Man könnte auf den ersten Blick feststellen: Die Türkei liegt weit weg. Betrifft uns das überhaupt? – Oh ja, in mehrfacher Hinsicht:

Zum Ersten. In Deutschland leben 1,6 Millionen Menschen mit türkischem Pass und mindestens doppelt so viele, die in zweiter, dritter oder vierter Generation mittlerweile auch einen deutschen Pass besitzen. In Bayern sind es knapp 200.000 Bürgerinnen und Bürger türkischer Herkunft, die unser Land bereichern, weil sie hier Arbeitsplätze schaffen, weil sie Unternehmen gegründet haben, die sehr erfolgreich sind, weil sie in der Wissenschaft in Spitzenpositionen unser Land mit voranbringen, weil sie sich für unser Land im Ehrenamt engagieren, sei es in den Suppenküchen, der Moschee oder der Kirchengemeinden, sei es beim Sport, sei es in der Kultur oder auch in der Politik, im Nürnberger Stadtrat, im Münchner Stadtrat. Ich denke an unseren Kollegen

Arif Taşdelen, der im Jahr 2013 erstmals in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, als erster Migrant in der Geschichte des Bayerischen Landtags seit 1893, ein deutsch-türkischer Kollege, der hier den Parlamentarismus bereichert.

Zum Zweiten – und das ist sehr subjektiv – machen die Deutschen sehr gerne Urlaub in der Türkei. Im letzten Jahr hat die Türkei als Urlaubsland fast Spanien überholt: Mehr als 6,2 Millionen Deutsche haben sich dort erholt, unter anderem auch der Bayerische Ministerpräsident. Ich bin nicht immer unbedingt seiner Meinung, aber bei seinem Urlaubsziel bin ich voll bei ihm und habe großes Verständnis, dass es ihm in Istanbul, Ankara, Izmir und anderswo sehr gut gefällt.

Zum Dritten geht es – und damit bin ich bei der Ernsthaftigkeit des Antrags – mal wieder um das Thema Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Thinktank Freedom House aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat herausgefunden, dass die Demokratie weltweit seit 17, 18 Jahren unter Druck ist. Knapp 3,8 Milliarden Menschen weltweit geraten in den Genuss, in einer Demokratie zu leben, wählen zu dürfen, darauf Rückgriff zu nehmen, dass es eine unabhängige Justiz und unabhängige Medien gibt. Das bedeutet aber auch: Mehr als die Hälfte der Menschen weltweit kommt genau in diesen Genuss nicht. Die Demokratie ist unter Druck. Demokratie ist – wie Winston Churchill gesagt hat –, wenn man morgens um sieben aufwacht, weil es an der Tür klingelt, und an der Tür der Milchmann ist.

In der Türkei ist es nicht immer der Milchmann, der morgens um sieben klingelt. Leider ist es dort auch die geheime Staatspolizei, die Menschen abholt, in Gefängnisse steckt, auf willkürliche Art und Weise, weil diese eine andere politische Meinung vertreten als der dortige Machthaber Präsident Erdoğan.

Jüngst hat es einen besonders Prominenten getroffen, den Oppositionsführer und Oberbürgermeister der Stadt Istanbul Ekrem İmamoğlu, einen ausgesprochen beliebten Politiker der türkischen Sozialdemokratie, der sich anschickt, in drei Jahren gegen

Präsident Erdoğan anzutreten, und der nach den jüngsten demoskopischen Umfragen beste Aussichten hat, möglicherweise der nächste türkische Präsident zu werden.

Einen Tag vor seiner Kandidatur wurde er nun festgenommen. Das war eine offensichtlich willkürliche Festnahme, die mit Rechtsstaatlichkeit nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun hat. Es drängt sich regelrecht der Verdacht auf, dass der amtierende Präsident lediglich die Befürchtung hat, dass der Hoffnungsträger der Opposition zu beliebt ist. Er gilt als guter Manager, als ausgezeichneter Verwalter seiner Stadt; er hat gute Beziehungen in den kurdischen Bereich; er ist auch wählbar in jenen Bereichen der Türkei, die eine besondere religiöse Prägung haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Ekrem İmamoğlu also deshalb festgenommen wurde, weil er der schärfste Widersacher des Präsidenten ist.

Die Gründe für den Niedergang von Präsident Erdoğan liegen auf der Hand: Zum einen werden ihm keine Macherqualitäten mehr zugetraut, spätestens seit dem großen Erdbeben vom Februar 2023. Er hatte damals versprochen, er wäre unmittelbar vor Ort und würde helfen. Den Menschen vor Ort würde sehr schnell unter die Arme gegriffen werden. – Das hat sich alles als Schall und Rauch erwiesen. Die Türkei erlebt seit vielen Jahren einen wirtschaftlichen Niedergang mit hoher Inflation, mit einer hohen Arbeitslosigkeit, mit weniger Wohlstand für die Menschen im Lande. Auch deshalb sehnt sich offensichtlich mindestens eine qualifizierte Minderheit, wenn nicht sogar eine Mehrheit, nach einem politischen Wechsel, der jetzt vollzogen werden soll.

Es ist überhaupt keine Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Türkei ein ganz wichtiger geostrategischer Partner für die Bundesrepublik ist. Die Türkei hat die zweitstärkste Armee der NATO. Wir brauchen die Türkei für eine Neuordnung des Nahen Ostens. Wenn wir über die Zukunft Syriens sprechen, werden wir ohne die Türkei wahrscheinlich zu keinen Ergebnissen kommen. In der Migrationspolitik ist die Türkei eine wichtige Partnerin von uns Europäern, und gar im Ukrainekrieg waren dem Präsidenten der Republik Türkei gute Chancen eingeräumt worden, an der einen oder anderen Stelle als Moderator auftreten zu können.

Aber gerade weil die Türkei ein geostrategisch wichtiger Partner ist, können wir nicht darüber hinwegschauen, dass dort rechtsstaatliche Prinzipien mit Füßen getreten werden. Gerade weil wir gute freundschaftliche Kontakte mit der Türkei pflegen, müssen wir sagen: Das sehen wir kritisch;

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

das sehen wir mit Sorge. Deshalb fordern wir den türkischen Staatspräsidenten und seine Behörden auf, zu demokratischen Prinzipien zurückzukehren.

Es ist ein Unding, dass heute auch jugendliche Studierende an türkischen Universitäten festgenommen wurden, als sie von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, gegen die antidemokratischen Prinzipien zu protestieren, die dort erkennbar sind.

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag heute die Freilassung aller politischen Häftlinge. Wir fordern den Staatspräsidenten auf,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

insbesondere Oberbürgermeister İmamoğlu freizulassen, damit er die Möglichkeit hat,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

sich auf seine Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten. Wir begrüßen es, dass es aus Mannheim oder aus Berlin bereits entsprechende Signale gibt. Dort wurde mit der Absage zum Städtepartnerschaftsgipfel in Istanbul Ende April 2025 bereits ein starkes Signal gesendet.

Wir wollen heute in unsere türkische Community in Bayern und in Deutschland, aber auch in Richtung unserer Freundinnen und Freunde in der Türkei ein starkes Signal senden: Rückkehr zu demokratischen Prinzipien, Freilassung von Oberbürgermeister İmamoğlu und aller politisch Inhaftierten. Das ist das, was wir als Bayerischer Landtag jetzt an dieser Stelle tun können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Peter Wachler für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Peter Wachler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. Gestatten Sie mir dennoch einen etwas zentrierteren Blick auf Bayern.

Die aktuelle Lage in der Türkei bewegt viele Menschen in unserem Land, in Europa und ganz besonders auch hier in Bayern; denn Bayern und die Türkei verbindet mehr als geopolitisches Interesse. Es sind die persönlichen, die familiären, die kulturellen und die wirtschaftlichen Verbindungen, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Über 300.000 Menschen mit türkischen Wurzeln leben bei uns in Bayern. Sie sind Teil unserer Gesellschaft, sie sind Teil unseres Kollegenkreises, sie sind Teil unserer Nachbarschaft und unserer Wirtschaft. Sie sind Bayern, und sie erwarten zu Recht, dass wir differenziert und zugleich klar auf Entwicklungen in der Türkei reagieren.

Was wir aktuell erleben, erfüllt mich mit großer Sorge. Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, des demokratisch gewählten Bürgermeisters von Istanbul, eines Hoffnungsträgers für viele Menschen nicht nur in der Türkei, ist ein Zeichen der Repression, nicht der Rechtsstaatlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Doch gerade weil uns so viel verbindet, dürfen wir nicht schweigen. Wir müssen beobachten, wir müssen bewerten, wir müssen einordnen, und – um es mit den Worten unserer Präsidentin zu sagen – wir müssen Haltung zeigen.

Die Türkei ist und bleibt ein zentraler Partner – als demokratischer Staat, als NATO-Mitglied, als Brücke zwischen Europa und Nahost. Sie spielt eine wirklich wichtige Rolle bei der Bekämpfung irregulärer Migration, bei sicherheitspolitischen Fragen und bei der Stabilisierung globaler Krisenregionen. Doch wir sagen ebenso unmissver-

ständlich: Diese Partnerschaft fußt auf einer klaren Voraussetzung: einem gemeinsamen Wertekompass. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind keine Verhandlungsmasse.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Sie sind das Fundament unseres europäischen Miteinanders. Wer Teil dieser europäischen Familie sein will, der muss diese Grundwerte nicht nur akzeptieren, sondern muss diese Grundwerte auch ganz exakt leben, meine Damen und Herren. Wer unsere Grundwerte missachtet, der disqualifiziert sich für eine Partnerschaft auf Augenhöhe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch ist es nicht unsere Aufgabe, über die Innenpolitik anderer Länder zu richten, aber es ist sehr wohl unsere Pflicht, uns zu äußern, wenn fundamentale Werte in Gefahr geraten – Werte, die uns als Freistaat Bayern als Teil Deutschlands und auch als Europa ausmachen.

Wir sagen ganz klar: Unsere Hand bleibt ausgestreckt, aber eben nicht bedingungslos. Wer Pressefreiheit einschränkt, politische Gegner kriminalisiert und kritische Richterinnen und Richter unter Druck setzt, der entfernt sich von Europa.

Wir treten dafür ein, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, zwischen der Türkei und Bayern im Rahmen einer sogenannten privilegierten Partnerschaft weiterentwickelt werden können – dort, wo es sinnvoll ist. Diese Partnerschaft muss natürlich aber dann Konsequenzen haben, wenn, wie in diesem Fall, eindeutig rote Linien überschritten werden. Das betrifft dann zum Beispiel die Fragen der Zollunion, der Visa-Liberalisierung oder der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, und es betrifft vor allem die Frage, wie wir den Dialog gestalten – nicht mit Schönwetter-Rhetorik, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Klartext.

Lassen Sie mich aber auch das sagen: Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Menschen mit türkischen Wurzeln hier in Bayern – im Gegenteil. Sie sind nicht ausschließlich verantwortlich für die Entscheidungen, die in Ankara getroffen werden. Wir erleben sie tagtäglich als engagierte Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, in Betrieben, in den Kommunen. Deswegen bleibt unser Angebot: Wer unsere demokratische Ordnung teilt, der ist willkommen. Wer den Dialog sucht, der wird auf offene Ohren stoßen. Wer sich in Deutschland oder in der Türkei für Freiheit, Recht und Demokratie einsetzt, der kann auch in Zukunft auf unsere Solidarität setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Haltung ohne zu polarisieren, Klarheit ohne zu spalten, Partnerschaft ohne Beliebigkeit. Der Freistaat Bayern wird weiterhin mit der demokratischen Zivilgesellschaft in der Türkei zusammenarbeiten – über Austauschprogramme, Städtepartnerschaften, wirtschaftliche Initiativen. Wir stärken damit diejenigen, die in schwierigen Zeiten für Freiheit und Demokratie einstehen; denn in einer Welt, die sich immer stärker polarisiert, ist das unsere Verantwortung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich für die AfD-Fraktion dem Abgeordneten Martin Böhm das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Liebe SPD, der vorliegende Antrag wird Sie nicht aus der Bedeutungslosigkeit holen, in die Sie gefallen sind, nachdem die FREIEN WÄHLER kurzfristig ihr Rückgrat verloren haben und dabei Ihr Hoffnungsfunke auf Macht in Bayern einfach so verglüht ist.

(Beifall bei der AfD)

Was führen Sie heute im Schilde? Hat die maßgeblich von Ihnen verursachte Migrationsflut nicht schon genug innertürkische Probleme nach Deutschland gespült? Dass die Türkei und besonders Konstantinopel ein wichtiger und verlässlicher Partner der bayerischen Wirtschaft ist, ist kein Argument für Ihren Antrag, sondern belegt ganz im Gegenteil: Belehrungen vom hohen Ross herunter sind einer respektvollen Partnerschaft eben nicht förderlich. Hierbei erinnert mich die SPD stark an Baerbocks feministische Außenpolitik. Ihr war das Durchsetzen pseudomoralischer Dogmen auch wichtiger als handfeste Interessenpolitik im Sinne Deutschlands.

(Beifall bei der AfD)

Das gleiche Schauspiel heute hier. In Berlin versuchen Sie derweil als verzwergter Juniorpartner, Ihre krude Politik dem Merz aufs Auge zu drücken. Der aber? – Der duckt sich dort geflissentlich hinter seiner Brandmauer, um dem Sturm seiner belogenen Wähler zu entgehen. Wenn es um Erdoğan geht, öffnen Sie regelmäßig große Fässer. Aber warum war Ihr Schweigen so laut, als in Rumänien mit Justizwillkür die Präsidentenwahl annulliert wurde?

(Beifall bei der AfD)

Wie demokratisch Sie von links außen bis hin zur CSU sind, hat man eben im Bundestag sehen können. Sie haben dort den Willen von Millionen von Wählern mit Füßen getreten und wagen es, sich hier und heute als Retter der Demokratie zu präsentieren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn Sie den Einfallsreichtum, den Sie beim Fabulieren solcher Anträge zeigen, in die Gestaltung besserer Politik investieren würden, könnten Sie sogar die Sozialdemokratie retten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie wollen uns halbieren. Wir haben uns verdoppelt. Ihre einzige Lehre daraus ist, Anträge zu fabrizieren, die überhaupt niemanden interessieren.

(Beifall bei der AfD)

Kümmern Sie sich um die Probleme im Land – Sie haben die meisten dieser Probleme doch selbst zu verantworten –, und beenden Sie die Dreistigkeit, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen. Auch wenn wir den Umgang mit İmamoğlu kritisch beobachten, können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir enthalten uns.

Der Nachzieher von CSU und FREIEN WÄHLERN ist zwar um Klassen, wirklich um Klassen, differenzierter als die plumpe Polemik der SPD, allerdings enthalten wir uns auch hier.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Cemal Bozoğlu für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Habe ich das eigentlich richtig verstanden: Die AfD ist sauer, weil man hier Erdoğan kritisiert? Warum denn wohl?

(Zurufe von der AfD)

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Türkei ist für Deutschland nicht irgendein Land. Wir haben enge wirtschaftliche Verbindungen dorthin. Jährlich reisen Millionen Menschen in den Urlaub dorthin, und vor allem leben Millionen Menschen mit Wurzeln in der Türkei hier in Deutschland. Deshalb interessiert es auch uns, was dort passiert.

Eines will ich direkt unterstreichen: Die bayerisch-türkische Freundschaft ist zu groß, zu tief und zu menschlich, um sie von einem Autokraten kaputt machen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gerade wegen dieser engen Bindung müssen wir heute klar Position beziehen für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die Türkei war über 100 Jahre lang das einzige muslimisch geprägte Land, das trotz Rückschlägen nach demokratischen Grundsätzen regiert wurde, bis Erdoğan kam. Anfangs versprach er Reformen, mehr Demokratie, mehr Annäherung an den Westen, weniger Macht fürs Militär. Doch nach einer Verfassungsreform mit knapp 52 % Rückhalt für ihn, drehte er seine Politik um 180 Grad. Schritt für Schritt baut er seitdem die Demokratie ab und formt das Land zu einer Autokratie nach dem Vorbild Putins. Das muss uns zu denken geben. Deswegen gibt es wahrscheinlich auch diese Nähe.

Das Beispiel zeigt, Demokratie kann kippen: schnell, leise, Schritt für Schritt. Es kann überall passieren, dass Gerichte zu einem Machtinstrument von Antidemokraten werden, dass Medien gleichgeschaltet und Oppositionelle eingeschüchtert, verfolgt und verhaftet werden. Deshalb ist das, was in der Türkei passiert, eine Warnung für uns. Demokratie muss geschützt werden und wehrhaft bleiben, und zwar jeden Tag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Türkei steht aktuell an einem Wendepunkt. Es geht aktuell so weit, dass Erdoğan meint, seine Gegner selbst aussuchen zu dürfen. Wer ihm seine Mehrheit streitig machen könnte, bekommt die Willkür-Justiz an den Hals. Diese Mentalität hat das Land wirtschaftlich ruiniert und international isoliert.

Mich erreichen täglich Nachrichten von Menschen, die die Türkei verlassen wollen. Das Land gehört regelmäßig zu den Top 3 der Herkunftsländer politisch Geflüchteter in Deutschland. Das kommt nicht von ungefähr. Ekrem İmamoğlu ist für viele ein Hoffnungsträger. Mit ihm könnte die Türkei wieder rechtsstaatlich werden. Mit ihm könnte die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt wieder unterzeichnet werden. Mit ihm könnte das Land wirtschaftlich gesunden.

Eines muss betont werden: Die Verhaftung des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu ist nur die Spitze des Eisberges. Ich möchte an dieser Stelle auch an den inhaftierten Abgeordneten Can Atalay, den Unternehmer Osman Kavala und den Oppositionspolitiker Selahattin Demirtaş sowie an viele andere erinnern. Sie sitzen seit Jahren im Gefängnis. Ihre einzige Schuld war es, Widerstand gegen Erdoğan geleistet und sich für Grundrechte eingesetzt zu haben. Die Entwicklungen in der Türkei gehören auch auf die Tagesordnung des Europaausschusses und müssen dort intensiv behandelt werden, auch muss über Konsequenzen beraten werden.

Herr Erdoğan, Sie können İmamoğlu einsperren, aber die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie nicht verbieten. Das zeigt auch heute der Widerstand auf den Straßen in der Türkei. Unsere GRÜNEN-Fraktion unterstützt den Antrag der SPD und dankt für die Einbringung. Beim CSU-Antrag werden wir uns enthalten, da Konsequenzen fehlen und er sich lediglich auf Beobachtungen beschränkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Huber für die AfD-Fraktion vor.

Martin Huber (AfD): Werter Kollege, ich habe ein paar Anmerkungen. Erstens. Wir sind keine Erdoğan-Freunde. Das ist schon einmal total verkehrt. Das sind wir sicherlich nicht. Wenn ich mich richtig erinnere, war es immer die Forderung der GRÜNEN und der SPD, dass die Türkei zur EU kommen soll. Bei diesem Punkt waren wir immer kritisch. Uns zu unterstellen, dass wir Erdoğan-Freunde wären, ist falsch. Das sind wir sicher nicht.

Jetzt möchte ich aber eine konkrete Frage an Sie richten: Bei der letzten Wahl haben laut Statistik die hier lebenden Türken zu über 50 % Erdoğan gewählt. Wie stehen Sie dazu? Ist es nicht angebracht, dass man sich zunächst einmal ein bisschen ruhig verhält und schaut, was sich da entwickelt und was wahr daran ist und was nicht?

Das ist doch komisch. Wir stoßen doch die hier lebenden Türken, die Erdoğan gewählt haben, vor den Kopf. Oder sehen Sie das anders?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Erstens. Die Zahlen, die vorliegen, zeigen eigentlich nicht die reellen Verhältnisse der Menschen, die hier gewählt haben. Etwa 50 % der Menschen haben sich nicht an der Wahl beteiligt. Das bedeutet, die Wahlbeteiligung war sehr gering. 30 % der Türkei-Stämmigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, haben sich ebenfalls nicht an der Wahl beteiligt. Das heißt, von einem geringen Anteil dieser Menschen haben etwa 60 % Erdoğan gewählt.

Zweitens. Die Entwicklung in der Türkei geht ja eigentlich schon seit 15 Jahren so. Die Grundrechte wurden eingeschränkt, und die Gewaltenteilung wurde in der Türkei aufgehoben.

Sie sagen, Sie sind keine Freunde von Erdoğan, aber es gibt sehr viel AfD-Prominenz, die Erdoğan als "blühenden Politiker des Bosporus" bezeichnen. Ich kann Ihnen auch Namen nennen. Dies deutet auf eine Nähe der AfD zu Autokraten hin.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Ob das Orbán oder Erdoğan ist, es ist eigentlich schon bekannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächste Rednerin rufe ich die Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute liegt uns der Dringlichkeitsantrag der SPD zu Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei vor – ein Antrag, der die jüngsten Ereignisse um die Verhaftung des demokratisch gewählten Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem

İmamoğlu, und die anhaltenden Repressionen gegen die Opposition in der Türkei thematisiert.

Ja, Bayern und die Türkei verbindet eine lange, enge Partnerschaft. Rund 200.000 Menschen mit türkischen Wurzeln leben in unserem Bundesland. Die anderen haben alle schon den deutschen Pass. Sie sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unserer Kultur. Sie sind Nachbarn, Freunde, Kolleginnen und Kollegen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit ihnen und allen Demokratinnen und Demokraten in der Türkei solidarisch zeigen, wenn grundlegende Rechte und Werte bedroht sind.

Die Verhaftung İmamoğlus und weiterer Oppositioneller ist in der Tat alarmierend. Sie zeigt einmal mehr, dass die türkische Regierung politische Gegner mit durchaus fragwürdigen juristischen Mitteln bekämpft. Eine lebendige Demokratie lebt von freien und fairen Wahlen, von politischem Wettbewerb und von einer unabhängigen Justiz – alles Prinzipien, die durch solche Maßnahmen infrage gestellt werden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität allein reicht nicht. Die Frage ist: Setzen wir uns auf der europäischen Ebene mit Nachdruck für klare Konsequenzen ein? Welche Möglichkeiten haben Bayern und Deutschland, Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen?

Die Türkei ist nicht irgendein Land. Sie ist NATO-Mitglied, Europaratsmitglied, EU-Beitrittskandidat und spielt eine zentrale Rolle in geopolitischen Fragen wie Migration, Frieden in der Ukraine und Stabilität in Nahost. Genau deshalb müssen wir unsere Partnerschaft auf eine gemeinsame Wertebasis stellen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind keine verhandelbaren Größen. Sie sind Voraussetzung für jede vertiefte Zusammenarbeit.

Wir – CSU und FREIE WÄHLER – haben heute deutlich betont, dass uns die Partnerschaft mit der Türkei auf dieser gemeinsamen Wertebasis wichtig ist. Die Partnerschaft muss auf dieser Wertebasis stehen. Gleichzeitig machen wir heute aber auch

unmissverständlich klar: Diese Partnerschaft kann nur dann weiterentwickelt werden, wenn die Türkei ihren internationalen Verpflichtungen als NATO-Mitglied, Europaratsstaat und EU-Beitrittskandidat gerecht wird. Projekte wie die Modernisierung der EU-Zollunion oder die Visa-Liberalisierung dürfen nicht leichtfertig vorangetrieben werden, solange Rückschritte bei den Grundrechten und der Meinungsfreiheit anhalten.

Es geht nicht um Distanzierung, sondern um Verantwortung und um die ehrliche Prüfung, ob und wie wir europäische Instrumente nutzen, um die richtigen Signale zu senden. In den letzten Jahren haben wir immer wieder miterlebt, wie lautstarkes öffentliches Anprangern oft gut gemeint ist, aber am Ende genau das Gegenteil bewirkt.

Ich glaube darum: Nicht jedes politisch brisante Gespräch gehört sofort auf die Titelseite. Politik ist kein Spektakel, kein Wettbewerb um Likes oder lauteste Schlagzeilen. Es gibt Themen – dieses hier ist eines –, die zu sensibel und zu komplex sind, um sie auf offener Bühne auszutragen. Solche Themen brauchen Räume, in denen Diplomaten ihre Arbeit geschützt tun können – Räume, in denen zugehört, aber auch Klartext geredet wird, in denen man keine Angst vor öffentlicher Empörung und politischer Reaktion hat, sondern mutig neue Wege denkt und geht – im Sinne von Bürgermeister İmamoğlu, aber auch im Interesse der Stabilität und der politischen Zukunft Europas und der Türkei.

Nur so können wir die Interessen der Menschen in der Türkei wie in Europa auf einem konstruktiven Weg finden. Solidarität ist kein Lippenbekenntnis. Sie muss von politischem Handeln begleitet sein. Dazu ist oft Diplomatie notwendig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5966 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen. – FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Bei der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/6020 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU. Nein-Stimmen bitte anzeigen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/5967 mit 19/5969 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Die Tagesordnung ist damit abgearbeitet, und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 16:19 Uhr)